

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

vol. XXXI 2-2015

GEWERKSCHAFTSARBEIT IN NORD UND SÜD

Schwerpunktredaktion: Julia Eder

Herausgegeben von:
Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

Inhalt

- 4 JULIA EDER
Gewerkschaftsarbeit in Nord und Süd in Zeiten deregulierter
Globalisierung
- 11 JULIA HOFMANN
Gewerkschaftsarbeit im Süden Europas: Spanische Gewerkschaften
sowie Arbeitsbeziehungen vor und nach der Krise
- 31 DEVAN PILLAY
Zwischen Fragmentierung und Wiederbelebung: COSATU,
NUMSA und die Politik für die Arbeiterklasse in Südafrika
- 53 TIM PRINGLE, DANIEL FUCHS
Chinas ArbeiterInnen schlagen zurück: Migrantische Kämpfe und
Perspektiven gewerkschaftlicher Reform
- 79 DARIO AZZELLINI
Besetzen, Widerstand leisten, produzieren – Betriebsbesetzungen in
Argentinien, Brasilien, Uruguay und Venezuela
- Essays*
- 106 MARCUS STROHMEIER
Der ÖGB als aktiver Akteur in der Entwicklungszusammenarbeit:
Vom internationalen Selbstverständnis
- 114 SEPP WALL-STRASSER
20 Jahre weltumspannend arbeiten: Internationale
Gewerkschaftsarbeit ist entwicklungspolitische Arbeit
- 130 SchwerpunktredakteurInnen und AutorInnen
- 134 Impressum

Essay

MARCUS STROHMEIER

**Der ÖGB als aktiver Akteur in der Entwicklungszusammenarbeit
Vom internationalen Selbstverständnis**

Die Idee des Internationalismus, der internationalen Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung, ist seit dem Bestehen der österreichischen Gewerkschaften eng mit deren Programmatik verbunden. Schon die frühe Gewerkschaftsbewegung im Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn basierte aufgrund der verschiedenen Nationalitäten auf den Prinzipien der gegenseitigen Hilfe und Kooperation. Das Publizieren in verschiedenen Sprachen sowie das Abhalten von mehrsprachigen Versammlungen waren alltäglich. Es war eine Selbstverständlichkeit, dass kroatische ArbeitnehmerInnen aus Dalmatien den großen Textilstreik in Südmähren gegen Ende des 19. Jahrhunderts unterstützten. Mit demselben Grundverständnis sammelten Wiener ArbeiterInnen Spenden für den Aufbau von Gewerkschaftsvereinen in Lemberg in der heutigen Westukraine. Natürlich haben diese Beispiele der gegenseitigen Hilfe wenig mit moderner Entwicklungszusammenarbeit zu tun. Sie erzählen uns aber von den solidarischen Grundsätzen einer Bewegung, die schon weit über hundert Jahre alt ist.

Nach dem Ende der Monarchie entstand in Österreich eine starke und großteils geeinte Gewerkschaftsbewegung, die sich in den internationalen Gremien engagierte. Für den Vorsitzenden des Bundes der Freien Gewerkschaften, Anton Hueber, waren seine Tätigkeiten in den Gremien des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) und im Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sehr wichtig. Er war es auch, der Anfang der 1930er Jahre einen Fonds stiftete, damit die Mitarbeiter der Gewerkschaften Fremdsprachen lernen bzw. Auslandsaufenthalte zur Verbesserung ihrer Ausbildung absolvieren konnten. Intensivere

Kooperationen mit den Ländern des Südens gehörten allerdings damals noch zu den Ausnahmen. Der Hauptgrund dafür war, dass die ehemalige Monarchie keine Kolonien besaß und daher auch kaum über Kontakte in die meist noch kolonialisierten Länder verfügte. Für Gewerkschaften, wie z.B. die französische CGT, war es in der Zwischenkriegszeit selbstverständlich, mit den aufstrebenden nationalen Unabhängigkeitsbewegungen und vor allem mit den meist im Untergrund stehenden Gewerkschaftsorganisationen zusammenzuarbeiten. Neben finanziellen Hilfen wurden den GewerkschafterInnen des Südens oftmals Schulungen im kolonialen Mutterland angeboten.

Während der Jahre des Austrofaschismus, wie auch später während der nationalsozialistischen Okkupation Österreichs, konnten die GewerkschafterInnen von ihren internationalen Kontakten der Ersten Republik stark profitieren. Waren zunächst wichtige Strukturen der illegalen Gewerkschaften in der Tschechoslowakei, hier vor allem Brünn, angesiedelt, so konnten Österreichs GewerkschafterInnen mit Beginn des Krieges ihre antifaschistischen Tätigkeiten in Großbritannien, Schweden und anderen Ländern fortsetzen. Nach der Niederlage der rassistischen und nationalistischen Politik des Faschismus als zu verachtender Antithese zum Internationalismus der ArbeiterInnenbewegung begann auch der 1945 gegründete Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) sich nun vermehrt mit den Problemen der Gewerkschaften außerhalb Europas auseinanderzusetzen.

Zunächst aber forderte der ÖGB selbst, dass die internationale Gewerkschaftsgemeinschaft, hier vor allem der ebenfalls 1945 gegründete Weltgewerkschaftsbund (WGB), dem durch den Weltkrieg völlig zerstörten Land helfend unter die Arme greifen sollte. Eine gewünschte internationale Gewerkschaftsdelegation, die weltweit um Unterstützung für das am Boden liegende Österreich werben sollte, ließ über ein Jahr auf sich warten. Die Enttäuschung des ÖGB über den WGB war sehr groß, und mit Beginn des Kalten Krieges waren es auch Österreichs Gewerkschaften, die sehr schnell zum 1949 gegründeten, streng antikommunistischen Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) wechselten.

I. Beginn der Entwicklungszusammenarbeit

Der ÖGB agierte zwar stets als Vermittler zwischen den Konfliktparteien in Ost und West, betrachtete sich selbst allerdings als Teil der demokratischen Gewerkschaftsbewegung der sogenannten „Freien Welt“. Rasch nach der wirtschaftlichen Erholung der Republik, in den 1960er Jahren, nahm auch der ÖGB regen Anteil am Wettlauf der beiden Weltsysteme in den ehemaligen Kolonialstaaten Afrikas und Asiens. Der kommunistisch orientierte WGB wie auch der stark mit den USA verbundene IBFG versuchten, politisch-ideologisch motiviert, Einfluss auf die Gewerkschaftsbewegungen der noch jungen Nationalstaaten des Südens zu nehmen. Der ÖGB half, verbunden mit diesen Bestrebungen, auch finanziell beim Aufbau einer Gewerkschaftsschule in Afrika. Gemeinsam mit dem IBFG wurde in Kampala/Uganda zu Beginn der 1960er Jahre eine repräsentative Ausbildungsstätte für den gesamten Kontinent errichtet. Im Mittelpunkt der Schulungen standen vor allem Kurse zum organisatorischen Aufbau von demokratischen Gewerkschaften, aber auch spezielle Angebote, die sich an die oftmals in Gründung befindlichen Frauen- und Jugendsekretariate wendeten. Zuvor hatte der ÖGB 1959 bereits eine 14-köpfige Delegation afrikanischer GewerkschaftsfunktionärInnen, aus verschiedenen Ländern kommend, zur Ausbildung nach Österreich eingeladen. Wie vielfältig die Hilfe insbesondere für Afrika war, zeigen die Jahre 1960/1961, als der ÖGB unter anderem Geld für die Gewerkschaften Marokkos überwies, die Einrichtung von Gewerkschaftssekretariaten in Sierra Leone, Nigeria und Uganda finanzierte und schließlich sogar zwei Autos für die noch jungen Gewerkschaften in Tansania spendete. Die Auswahl der Länder erfolgte dabei meist nicht durch den ÖGB selbst, sondern durch den IBFG, der mit konkreten Vorschlägen an seine österreichischen Partner herantrat.

Noch beeindruckender allerdings war der Aufwand für den ÖGB, als im Jahr 1963 das Weltjugendtreffen des IBFG in Wien stattfand. Tausende Gewerkschaftsjugendliche, darunter hunderte TeilnehmerInnen aus Afrika, Lateinamerika und Asien, kamen nach Wien, um ihre Zusammengehörigkeit wie auch ihr internationalistisches Selbstverständnis machtvoll unter Beweis zu stellen. Es war dies die erste große, breitenwirksame Begegnung der österreichischen Gewerkschaftsbewegung mit Vertreter-

Innen der Länder des Südens. Dem Enthusiasmus der Gewerkschaftsjugend war es auch zu verdanken, dass von nun an die Hilfe für junge Menschen aus den Entwicklungsländern fester Bestandteil der internationalen Arbeit des ÖGB wurde. Dutzende junge Menschen, wiederum vor allem aus Afrika, wurden mit Hilfe der Gewerkschaften nach Österreich eingeladen, um hier eine Berufsausbildung zu erhalten. Erwähnt seien im Besonderen die Metallgewerkschaft und die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, die sich dabei außerordentlich engagierten.

1963 wurde gemeinsam von ÖGB und Industriellenvereinigung, mit Unterstützung durch Bundesmittel, ein Institut für Entwicklungshilfe gegründet. Vorwiegend wurden mit Hilfe dieser Sozialpartnerstruktur Ausbildungen für junge Menschen aus Asien und Afrika finanziert. Bis 1975 gab es diese Art der Zusammenarbeit, die allerdings aufgrund des Auslaufens der staatlichen Zusatzfinanzierung ein Ende fand.

2. Sich auf gleicher Ebene begegnen

Erst mit der Vereinsgründung von „weltumspannend arbeiten“ vor zwanzig Jahren konnte durch eine organisierte Entwicklungszusammenarbeit erneut Anschluss an die Länder des Südens gefunden werden. Auch wenn in der Zwischenzeit (1975-1995) immer wieder Delegationen aus den Entwicklungsländern empfangen wurden, so war es erst mit dem neuen Verein möglich, in strukturierter Art und Weise nachhaltige Kooperationsmodelle zu beginnen.

Seither gab es zahlreiche Projekte, die von „weltumspannend arbeiten“ gemeinsam mit den österreichischen Gewerkschaften realisiert wurden. All diese Vorhaben hatten stets dieselbe Basis: Getragen vom gegenseitigen Respekt sollte die Entwicklungszusammenarbeit keine „Besserwisserei“ sein, sondern die Partner aus dem Norden wie auch dem Süden sollten sich stets auf gleicher Augenhöhe begegnen und austauschen können.

Dieser Grundsatz ist einer der wichtigsten für eine moderne und zukunftsorientierte Kooperation. Es ist notwendig, dass die Gewerkschaftsorganisationen oder die VertreterInnen der Zivilgesellschaft aus anderen Ländern dieses Verständnis spüren können. Nur dadurch sind letztlich positive Resultate in der Zusammenarbeit erreichbar. So unter-

schiedlich die Probleme in den Staaten auch sind, geht es stets um den Respekt der arbeitenden Menschen, das Recht auf menschenwürdige Arbeit und Leben sowie den Schutz der Schwächeren in der jeweiligen Gesellschaft.

Die ökonomisch-politischen Entwicklungen der letzten Jahre zeigen leider nur sehr wenig Verbesserung in der gesamten Welt. Selbst die bis zur Weltwirtschaftskrise von 2008 auf relativ hohem Niveau lebenden Länder des Nordens sind heute von einer Austeritätspolitik bedroht, die jenen im Süden der Erde leider nur zu gut bekannt ist. Hohe Arbeitslosigkeit sowie die Verarmung ganzer Regionen prägen nun auch große Teile Nordamerikas und Europas. Während die Zahl der demokratisch regierten Länder abnimmt, steigt der Anteil der hungernden und ausgebeuteten Bevölkerung weltweit.

Es verwundert daher auch kaum, dass die ambitionierten UNO-Millenniumsziele, die bis 2015 für die Entwicklungsländer gesteckt wurden, kaum zu erfüllen waren. Respekt gegenüber der Umwelt, Vollbeschäftigung, menschenwürdige Arbeit und eine soziale Grundsicherung für alle Menschen erscheinen immer noch utopisch. Der Beweis für die Verschlechterung der Lebenssituation im Süden ist täglich in den Medien mitzuverfolgen. Tausende Menschen riskieren jeden Moment ihr Leben, um die vermeintlichen Wohlstandsfestungen des Nordens zu erreichen. Hunderte davon sterben jede Woche dabei und erinnern kontinuierlich daran, für eine gemeinsame nachhaltige Entwicklung im Norden wie auch im Süden zu sorgen.

3. Eine Stimme für den Süden sein

In dieser angespannten Situation, in der in unseren Ländern die Entwicklungshilfemittel weiter gekürzt werden und der Zug der Menschen aus dem Süden nicht enden will, muss auch die Gewerkschaftsbewegung ihre humanitären Aufgaben erfüllen. Direkt auf die Gewerkschaften und ihre Entwicklungsarbeit angesprochen, antwortete der berühmte Schweizer Universitätsprofessor und UNO-Sonderberichterstatter Jean Ziegler in einem Gespräch mit dem Verfasser des Artikels am 4.11.2014: „Mit dem Brunnengraben in Afrika werden wir auf Sicht keine Veränderung errei-

chen. Ihr [die Gewerkschaften] müsst gemeinsam mit den anderen Nicht-regierungsorganisationen im Norden die Stimme für die unterdrückten Menschen und Staaten des Südens werden. Nur so wird es möglich sein, vielleicht irgendwann einen Umschwung erzielen zu können.“

Genau hier setzt auch gewerkschaftliche Bildungsarbeit in Europa und Österreich an. „weltumspannend arbeiten“ bildet z.B. MultiplikatorInnen aus, und durch öffentliche Veranstaltungen versucht der ÖGB, die Menschen in unserer Republik auf die Vorgänge in den Entwicklungsländern hinzuweisen. Netzwerke von BetriebsrätInnen werden genutzt, um die ArbeitnehmerInnen direkt in den Betrieben zu informieren. Wanderausstellungen wie auch Publikationen dienen dazu, diese Bestrebungen ebenfalls nachhaltig zu unterstützen. Auch werden die PersonalvertreterInnen animiert, mit kleinen Einzelprojekten in den Unternehmen die Nachhaltigkeitsbemühungen der Gewerkschaften zu unterstützen. Der Bogen spannt sich dabei von der Einführung fair gehandelter Produkte wie z.B. Kaffee für die Kantine bis hin zur Gründung eines globalen Konzernbetriebsrates.

Natürlich ist der bisher erzielte Effekt im Vergleich zu den breiten Kampagnen der Werbewirtschaft gering. Bei den vorhandenen Mitteln sind massenwirksame Aktivitäten nur sehr selten möglich, und schnell sind aufgrund der nur schwachen Strukturen die Grenzen der Informationsarbeit erreicht. Dennoch, der ÖGB, seine Gewerkschaften und sein entwicklungspolitischer Verein werden weiter versuchen, maximale Hilfe und Kooperation anzubieten.

Es gilt auch weiterhin dort aktiv zu werden, wo Gewerkschafts-, Arbeits- und Menschenrechte verletzt werden, wenn Gewerkschaftsorganisationen, wie auch andere unterdrückte Bewegungen aus der Zivilgesellschaft, Minderheiten oder Staaten, unsere Unterstützung brauchen. Die internationale wie auch österreichische Gewerkschaftsbewegung wird sich weiterhin nicht scheuen, auf die Auswirkungen der menschenverachtenden neoliberalen Wirtschaftspolitik hinzuweisen oder aktiv dagegen zu arbeiten. So sind es immer mehr gewerkschaftliche Veranstaltungen, die sich globalen Problemen widmen, auch nimmt die Anzahl von Artikeln zu diesen Themen in den Gewerkschaftsmedien stetig zu. Soziale Medien werden vermehrt für die Arbeit genutzt, und es gelingt dadurch noch schneller, wichtige Informationen unter den MultiplikatorInnen zu verbreiten. Das Engagement der

Gewerkschaften im Nord-Süd-Dialog ist heute viel bekannter als noch vor zehn Jahren. Dies zeigt sich vor allem bei Vorträgen an gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen (Betriebsräteakademien, Sozialakademie etc.), in denen es heute einfacher ist, Verständnis und auch aktive Unterstützung für die Ziele der internationalen Zusammenarbeit zu bekommen.

4. Zukunft unserer Entwicklungszusammenarbeit

Um in Zukunft noch effektiver arbeiten zu können, schlägt der ÖGB seit Langem eine Veränderung im Bereich der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit vor. Die bisher nur sehr geringen Mittel in der bilateralen Kooperation müssen unbedingt aufgestockt werden. Auch sollte die Republik das Potenzial der Gewerkschaften mehr nützen. Niemand anderer als der ÖGB ist in der Lage, das Gros der ArbeitnehmerInnen in Österreich, also jener Menschen, die durch ihre Steuern das meiste Geld zur Entwicklungshilfe leisten, in geeigneter Form zu erreichen.

Vieles könnte umgesetzt werden, wenn die staatliche Entwicklungsagentur ADA (Austrian Development Agency), sozialpartnerschaftlich ausgeglichen, nur einen Bruchteil der Mittel, die bisher den Wirtschaftsunternehmen unter dem Titel der Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt werden, auch den Gewerkschaften für die Kooperation mit dem Süden überantworten würde.

Dennoch sollte erwähnt werden, dass – trotz dieser berechtigten Forderung – bereits einige Projekte genehmigt wurden. Darunter konnten neben den wichtigen Bildungsvorhaben im Inland auch Aktivitäten in den betroffenen Ländern durchgeführt werden. Das Beispiel der von Österreich aufgebauten Gewerkschaftsschule in der Republik Moldau, Europas ärmsten Land, zeigt, wie nachhaltig und erfolgreich die Arbeit des ÖGB bzw. von „weltumspannend arbeiten“ auch im Ausland sein kann.

Erfolgreich waren auch einige große Aktionen, die durchaus gerne von den Medien aufgegriffen wurden. Neben der Kampagne für die Arbeitsrechte im Golfstaat Katar und der Unterstützung für die TextilarbeiterInnen in Kambodscha war es vor allem die beeindruckende Hilfe der österreichischen ArbeitnehmerInnen für die „Klinik der Solidarität“ in

Griechenland, die in der Öffentlichkeit bekannt wurde. Anhand dieser Beispiele lässt sich der Erfolg von Schwerpunktsetzungen in der gewerkschaftlichen Entwicklungsarbeit sehr gut ablesen.

Die letzten Jahre haben also gezeigt, in welche Richtung eine moderne Kooperation im 21. Jahrhundert gehen könnte. Trotz aller Schwierigkeiten, die mit den ökonomischen wie auch politischen Krisen der Welt verbunden sind, ist es dennoch gelungen, breitere Kreise in Österreich auf die Verhältnisse im Süden der Welt hinzuweisen. Die Stärke der Gewerkschaften, hier vor allem die breite Masse der ArbeitnehmerInnen anzusprechen, wird weiterhin ein wichtiges Element unserer Arbeit sein. Der solidarische Kampf für menschenwürdiges Arbeiten und Leben bleibt auch in Hinkunft der ideologische Treibriemen in unserem Wirken.

Marcus Strohmeier

ÖGB – Internationaler Sekretär/Leiter des internationalen Referats

„weltumspannend arbeiten“ – Geschäftsführer

marcus.strohmeier@oegb.at